Abendausgabe

Nr. 22 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 11

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag
14. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Freikorps Lützow.

Die Geschichte eines Steckbriefs.

Der Prozeß wegen der Perlacher Morde hat wieder einmal das berüchtigte Freikorps Lützow in Erinnerung gebracht. Der Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags, der sich im Jahre 1924 mit den politischen Morden der ersten Revolutionsjahre befaßte, aber leider wegen der Auflösung des Landtags seine Arbeit unbeendet lassen mußte, hat gerade über dieses Freikorps recht erhebliches Material gefördert, auf Grund dessen man ohne weiteres feststellen kann, daß durch Major Lützow und seinen Stab systematisch die strafrechtliche Aufdeckung und Verfolgung aller Bluttaten vereitelt wurde. In fast allen Fällen, die sich um das Freikorps Lützow gruppieren — es sind nicht wenige —, wurde festgestellt, daß gerichtliche Anfragen gar nicht oder falsch beantwortet, Mörder vor ihrer Verhaftung schnell an andere Truppenteile abgeschoben wurden.

Nirgends aber ist die persönliche Schuld der Führer, namentlich des Majors Lützow und des auch im Perlacher Prozeß wichtigen Majors Schulz („Legen Sie die Schweine um"), so klar zutage getreten, wie im Falle Czekalla. Hierüber gibt der auf Grund genauesten Aktenstudiums gefertigte Bericht des Berichterstatters, Genossen Kuttner, folgende erbauliche Tatsachen:

Leutnant Czekalla hatte gemeinsam mit Rittmeister v. Oertzen gelegentlich der Märzkämpfe 1919 in Berlin zwei friedliche Bürger, den Rentier Abrahamsohn und den Klempnermeister Wallmann — letzterer war sogar deutschnational — als angebliche Spartakisten erschießen lassen. Nachdem die Hinterbliebenen durch einen Rechtsanwalt Strafantrag gestellt hatten, wurde Czekalla flüchtig. Er selbst, Czekalla, hat bei einer späteren Vernehmung über diese Dinge ausgesagt, daß er sich auf ausdrückliches Anraten des Majors von Lützow persönlich und des Hauptmanns von Bibow entfernt habe. Vor seiner Entfernung wurde ihm noch ein Monatsgehalt und ein größerer Geldbetrag extra ausgehändigt. Der Rittmeister von Oertzen gibt bei seiner Vernehmung an, daß er den Czekalla habe wegbringen helfen und ihn dann als „vermißt" gemeldet habe! Erst nachdem all dies geschehen war, wurde ein Haftbefehl hinter Czekalla erlassen, weil er flüchtig sei!

Czekalla gibt laut Protokoll hierzu an, daß das Freikorps Lützow ständig seinen Aufenthalt gekannt hat. Er hat sogar in Korrespondenz mit dem Freikorps gestanden und sich um seine Wiedereinstellung beworben, ja, er ist mehrfach persönlich beim Freikorps Lützow gewesen, er, der angeblich unauffindbare Flüchtige! Einen dieser Besuche schildert Czekalla folgendermaßen:

In Remscheid erhielt ich noch von Hauptmann Gäde ein Empfehlungsschreiben an den Hauptmann Lichtschlag, das Major v. Lützow unterschrieb ... Ich wollte damals noch Major v. Lützow, den ich in demselben Raum mit dem Gesicht nach dem Fenster zu sitzen sah, meinen Dank für das Empfehlungsschreiben ausrichten und mich verabschieden. Hauptmann Gäde winkte aber ab und meinte, Major v. Lützow wolle mich nicht gesehen haben. (!!!)) Gleichzeitig erhielt ich damals übrigens auch noch ein Empfehlungsschreiben an Major Schulz (den Anstifter der Perlacher Morde. Red.), der damals in Hanau lag, und das ich abgegeben habe.

Alles während der steckbrieflichen Verfolgung! Aber es kommt noch schöner: Eines Tages gelangte zu den Akten ein Brief, von Czekallas eigener Hand an seine Mutter geschrieben, der auf der Rückseite groß und deutlich folgenden Adressaten enthält: Absender: Czekalla, Holzminden, Hopfenstraße 26.

Auf Grund dieser Tatsache kann nun der die Akten führende Kriegsgerichtsrat doch nicht umhin, beim Freikorps Lützow die Verhaftung des Czekalla an der angegebenen Adresse zu beantragen. Das Freikorps Lützow wirft diesen Antrag in den Papierkorb, es reagiert einfach nicht. Und wie hilft sich der ehrenwerte Kriegsgerichtsrat? Er verfügt Wiedervorlage der Akten nach einer Woche. Es erfolgt wieder nichts. Wiederum: Nach einer Woche! So geht es noch viermal im ganzen, dann legt der Herr Kriegsgerichtsrat beruhigt die Akten beiseite. Czekalla bleibt unauffindbar, während seine richtige Adresse bei den Akten liegt!

Um aber der Sache die Krone aufzusetzen: Czekalla verzieht später nach Hameln. Dort läßt sich der steckbrieflich Verfolgte nach ordnungsmäßigem Aufgebot standesamtlich trauen!

Die Dinge sprechen für sich selbst. Im Perlacher Prozeß müßten sie zur Bewertung des Herrn v. Lützow, des Majors Schulz und ihrer Aussagen von höchster Bedeutung sein. Ob aber das Gericht Verlangen tragen wird, ernsthaft in die damaligen Zustände beim Freikorps Lützow hineinzuleuchten?

Der zweite Verhandlungstag in München.

München, 14. Januar 1926. (VDZ.) Am heutigen zweiten Verhandlungstage waren 14 weitere Zeugen zur Vernehmung vorgeladen. Der Kulturarbeiter Bernhard Hirtreiter hat gesehen, wie die Verhafteten nach München abtransportiert wurden. Kommunisten hat er als Mitglied der berittenen Polizei in Perlach nicht kennengelernt.

Der nächste Zeuge, Sattlermeister Meier, der ebenfalls seinerzeit bei der berittenen Polizei in Perlach stationiert war, bekundet, daß die Arbeiter in Perlach mit Gewehren und roten Armbinden versehen waren. Die Angehörigen der Landespolizei seien von ihren Vorgesetzten vor den Perlacher Rotgardisten gewarnt worden. Beim Einzug der Regierungstruppen sei es zu keinerlei Kämpfen gekommen.

Der Zeuge Conrad Rammer war ebenfalls Mitglied der Schutzpolizei. Er gibt an, er habe erfahren, daß 50 Einwohner von Perlach kommunistisch gesinnt waren. Auf Befehl ihrer Vorgesetzten habe sich die Mannschaft der militärischen Schutzpolizei völlig neutral verhalten.

Das wird auch von einem weiteren Zeugen, dem Chauffeur Josef Lichtinger, bekundet, worauf ein Kamerad von ihm, der jetzige Elektrotechniker August Eisner, angibt, daß vor dem Einzug der Regierungstruppen in Perlach Arbeitertrupps mit roten Armbinden durch den Ort gezogen wären. Seiner Ansicht nach seien die Erschossenen keine Kommunisten gewesen.

„Auf der Flucht."

Die Lüge als System des Mörderschutzes.

Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Alsberg hat in dem Münchener Mordprozeß gegen die sogenannten Kaufleute Pölzing und Prüfert sich ein wesentliches Verdienst um die Aufdeckung zahlreicher gemeiner Mordtaten erworben.

Alles, was in den wilden „Freischaren" Waffen trug, fühlte sich berechtigt, wirkliche und vermeintliche Spartakisten ohne jedes Gerichtsverfahren niederknallen zu lassen. Als Ausrede wurde regelmäßig die Mär von der „Flucht" vorgebracht, die waffenlose Verhaftete plötzlich ergriffen haben sollten. Mit seiner „Flucht" wurde die Ermordung Karl Liebknechts begründet. Auf der „Flucht" sind von diesen altpreußischen Offiziersseelen ungezählte Arbeiter erschossen worden. Wir erinnern nur an den Thüringer Arbeitermord von Mechterstedt, den die fanatisierten Marburger Studenten kalten Blutes verübten und ebenso kalten Blutes mit der Ausrede deckten, die von einem Troß schwer bewaffneter Zeitfreiwilligen begleiteten, widerrechtlich verhafteten Arbeiter hätten auf einsamer Chaussee einer nach dem andern die „Flucht" ergriffen.

Daß alle diese mehr oder weniger intelligenten Truppenführer dieselbe blöde Ausrede wählten, konnte einigermaßen verwundern, wenngleich noch mehr Verwunderung die Tatsache erregen mußte, daß diese Ausrede auch vor bürgerlichen Gerichten ernsthaft Glauben fand.

Durch Alsbergs Frage im Münchener Prozeß und auf die Antwort, die darauf erteilt wurde, ist nunmehr das Geheimnis dieser Ausrede enthüllt. Wenn man friedliche Arbeiter auch ohne den Schein eines Gerichtsverfahrens niedergeschossen hatte, brauchte man nur das Märchen von der „Flucht" vorzubringen, damit die ganze Sache ad acta gelegt werde!

Ein schwererer Vorwurf, als er hier gegen die früheren Militärbehörden und damit auch gegen die deutschen Gerichte erhoben wurde, konnte kaum erfunden werden. Die Tragödie von Mechterstedt ist heute noch ungesühnt, die mordlustigen Studenten von Marburg und ihre Zeitfreiwilligenkameraden können möglicherweise heute schon die Laufbahn eines Richters eingeschlagen haben und trotz ihres blutbefleckten Gewissens im Namen des Volkes „Recht" sprechen!

An anderer Stelle weisen wir auf das System der offiziellen Lüge hin, das in dem Freikorps Lützow vorherrschend war und in gleicher Weise sich bei allen Banden vorfand, die sich nach der Revolution aus Landsknechtsleidenschaft gebildet hatten. Dieses System von Lug und Trug deckte bis heute alle die Mordbuben, die unter der Maske „Rettung des Vaterlandes" sich in Deutschland austoben konnten. Auch die zahlreichen Fememorde, um deren Aufhellung sich jetzt die Berliner politische Polizei bemüht, wären nicht möglich gewesen, ohne die offene Duldung durch sogenannte Vorgesetzte in der „Schwarzen Reichswehr" und durch die wissentliche und geflissentliche Vertuschung dieser Verbrechen. Diese in ein System gebrachte „offiziersmäßige" Verlogenheit wurde auch in dem schon mehrfach erwähnten Schweriner Fememordprozeß wieder einmal festgestellt. In dem einen dieser Prozesse, der wegen der Ermordung eines Roßbach-Mannes namens Holz geführt wurde, wird im Urteil über den angeblichen, am Mord beteiligten Leutnant Liczka und seines „Vorgesetzten", Oberleutnant Schöler, folgendes ausgeführt:

„Mitte Oktober (1924) gab dann Liczka an, Anfang Dezember 1923 seien in Groß-Waldensdorf zwei ihm unbekannte Herren erschienen, von denen der eine sich als Oberleutnant Freiherr von Mansfeld, der andere sich als Fähnrich Bünzel oder Brünzel vorgestellt habe. Von Mansfeld habe sich nach einem gewissen Rother erkundigt, der vielleicht auf die Papiere eines gewissen Holz reise und sich in dieser Gegend aufhalten solle. Rother alias Holz habe sich verschiedenes zuschulden kommen lassen, weshalb er, v. Mansfeld, hinter ihm her sei und das größte Gewicht darauf lege, seiner habhaft zu werden. Im Verlauf der Unterhaltung habe v. Mansfeld dann noch geäußert, man müsse in solchen Fällen sich selber helfen, sie hier an der Ostsee hätten es ja leicht. Hier an der Ostsee könne man ja eine Kahnfahrt oder einen einsamen Spaziergang an der See machen. Die Untersuchungsbehörde versuchte nun auf Grund der von Liczka gegebenen Personalbeschreibung die beiden Personen v. Mansfeld und Bünzel ausfindig zu machen. Da der Angeklagte Schöler, auf den damals — abgesehen von der ersten Verhaftung, aus der er sofort wieder entlassen war — noch keinerlei Verdacht gefallen war, an der Tat selber beteiligt zu sein, gute Beziehungen zu den vielen Verbänden ehemaliger Soldaten und Selbstschutzverbänden zu haben behauptete, so wurde er zu den Nachforschungen nach v. Mansfeld und Bünzel von den Untersuchungsbehörden herangezogen. Er fuhr dann auch mit dem Leiter der Landeskriminalpolizei, dem Regierungsrat Wiggers, nach Berlin. . . ."

Tatsächlich hatte dieser zur „Ermittelung" herangezogene Schöler als Vorgesetzter den Befehl zur Ermordung des Holz gegeben und Liczka hatte ihn an weitere Untergegebene weitergeleitet. Sowohl Schöler wie Liczka sind denn auch wegen Anstiftung zum Morde und zum Meineid verurteilt worden, nachdem der Femeskandal derart zum Himmel stank, daß sein übler Geruch auch in Mecklenburg nicht mehr verborgen blieb. Das Schwurgericht hat aber auf Grund der Eingaben der Angeklagten zu ihren Gunsten angenommen, daß sie tatsächlich der Meinung

Schwierigkeiten für Luther.

Zentrum und Demokraten erstreben Sicherungen.

Zur Regierungsbildung durch Luther schreibt heute morgen die „Germania":

Luthers Plan ist die Bildung eines neutralen Kabinetts. Die Bezeichnung ist etwas ungewöhnlich. Aber Luther hat sie wohl gewählt, um deutlich seine Absichten zu kennzeichnen. Es liegt in seinem Plane, eine parlamentarische Regierung zu bilden, die weder nach rechts noch nach links bestimmte Bindungen eingeht. Parlamentarisch soll sie sich stützen auf Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei. Luther hat in den gestrigen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht, daß es ihm völlig fern läge, etwa eine verschleierte Rechtsregierung zu bilden. Er will möglichst unabhängig von allen Parteien sein, die nicht direkt an der Regierung beteiligt sind... Das Zentrum hat gestern dem Reichskanzler keine endgültige Zusage gegeben. . . Die Fraktion ist auch gestern abend zu keinem endgültigen Ja gekommen. Die Verhandlungen waren durchsetzt von starkem Zweifel, ob die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für eine Beteiligung des Zentrums an der Regierung geschaffen werden können. Die Frage, ob das Zentrum sich überhaupt an der Regierung Luther beteiligen wird, ist noch keineswegs mit der Sicherheit entschieden, wie das die Rechtsblätter nach alter Gewohnheit annehmen.

Die „Vossische Zeitung" äußerst ebenfalls noch allerlei Bedenken und schreibt:

Da die zweite Regierung Luther die Mehrheit sich von Fall zu Fall wird suchen müssen, wird die Versuchung groß sein, einer der Flügelparteien, deren Stimme man gewinnen will, weiter entgegenzukommen, als es sich mit dem strengen Kurs der Mitte vertragen läßt. Und da es Dr. Luther ist, der als Reichskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, Dr. Luther, der kaum allzu großer Sympathien für die Sozialdemokratie verdächtig ist, dafür aber der erste Kanzler eines republikanischen Kabinetts gewesen ist, in dem die Deutschnationalen stark vertreten gewesen sind, ist es begreiflich, daß Demokraten und Zentrum von vornherein gewisse Sicherungen erstreben gegen etwaige Neigungen, das Steuer einige Grade nach rechts zu drehen.

Auf der Rechten zeigt sich über diese Entwicklung der Dinge eine gewisse Beunruhigung. Dort will man keinen „Parteiausschuß der Mitte" sondern ein Kabinett von „Fachleuten" zur Regierung haben. Gemeint ist damit eine Regierung von Beamten, die nach der Pfeife der Rechten tanzt.

Verhandlungen über die „Grundlage".

Heute vormittag hat eine Besprechung des Reichskanzlers Dr. Luther mit den Führern der Mittelparteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten begonnen. Diese Besprechung gilt zunächst der Grundlage der Kabinettsbildung. Personalfragen sind bis jetzt überhaupt noch nicht erörtert worden, sie kommen erst an die Reihe, wenn über die Grundlage der Kabinettsbildung einigermaßen Sicherheit geschaffen ist.

Das Kartell lebt wieder auf.

Im Kampfe gegen Dounmers Finanzvorlage.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die reaktionäre Presse Frankreichs hatte wieder einmal zu früh triumphiert. Das Kartell der Linken, dessen nahes Ende sie seit Monaten verkündet hatte und das nach Auffassung seiner Gegner mit der Ablehnung der Sozialisten, durch Eintritt in ein radikales Kabinett gemeinsam mit der bürgerlichen Linken die politische Verantwortung zu übernehmen, den Todesstoß erhalten haben sollte, lebt noch immer und hat am Dienstag eine Wiederauferstehung gefeiert, die der Reaktion den Schrecken in die Glieder gejagt hat. Die geschlossene Aktion der Vertreter der drei Linksgruppen in der Finanzkommission hat am Dienstag bereits zwei der tragenden Pfeiler aus dem Finanzprogramm des Herrn Doumer herausgebrochen, und was danach von der Regierungsvorlage noch übrig blieb, ist, nachdem auch die Ablehnung der von Herrn Doumer geforderten Erhöhung der Umsatzsteuer durch die Mehrheit der Kommission als sicher gilt, kaum mehr als der äußere Rahmen des ursprünglichen Projekts.

Das Memeler Landesdirektorium. Die Memeler Einheitsfronteien haben sich mit der Ernennung des Litauers Simoneitis zum Landesdirektor einverstanden erklären müssen. Infolge der Hochwasser- und anderer wirtschaftlicher Schäden war der regierungslose Zustand nicht länger tragbar.

gewesen seien, „die Regierung" stände innerlich völlig auf ihrer Seite!

Die Leichtfertigkeit, mit der die Behörden diesen verlogenen Burschen entgegenkamen, ist nur darauf zurückzuführen, daß sie Offiziere waren und bei den meisten der alten Beamten noch immer die aus wilhelminischen Zeiten stammende Hochschätzung der besonderen „Offiziersehre" nachwirkt. Mit dieser „Offiziersehre" aber ist es und war es vereinbar, nicht nur Mordtaten zu befehlen, sondern auch Mörder mit falschen Papieren auszustatten, ihnen zur Flucht zu verhelfen, Haftbefehle zu unterschlagen und Zivilbehörden absichtlich und nach jeder Richtung überlegt irre zu führen!

Im Falle Schöler wird auch noch ein Offizier von Bargen, der wahrscheinlich aber von Pannwitz heißt, gesucht. Dieser von Bargen-Pannwitz war Leiter der Schwarzen Reichswehr, Abteilung Mecklenburg. Ihm wurde von einem der Mörder des Holz nach vollbrachter Tat offiziell Bericht erstattet und Schöler hat darüber vor Gericht erklärt:

„Sein Ehrgefühl zwinge ihn, heute folgendes zu erklären: er habe den Befehl, den Holz zu beseitigen, von einer vorgesetzten Dienststelle in Mecklenburg bekommen und habe ihn an Liczka weitergegeben. Die vorgesetzte Dienststelle wolle er nicht nennen."

Nach militärischem Brauch wird ein „Befehl ausgeführt" und seine Ausführung alsbald gemeldet. Da vor Gericht festgestellt wurde, daß der Bericht über die Ausführung an den Oberleutnant von Bargen alias Pannwitz abgeliefert wurde, so ist ohne weiteres anzunehmen, daß der Befehl zur Ermordung des Holz auch von diesem Leiter der Schwarzen Reichswehr erteilt worden ist. Selbstverständlich hält sich der „Ehrenmann" verborgen. Auch er befindet sich „auf der Flucht", ohne daß es aber gelingen will, seiner habhaft zu werden. Die staatlichen Organe haben augenscheinlich nicht so viel Glück wie die Mordorganisation der nationalen Feme.

Die verlogenen Ehrenmänner, die sich ihrer Offiziierseigenschaft rühmen und daraufhin jedes Schwindelunternehmen decken können, sind heute noch angesehene Mitglieder der nationalen „Gesellschaft". Noch keine der großen Offiziersvereinigungen hat es bisher für notwendig befunden, von diesen „Standesgenossen" abzurücken und zu ihrer Unschädlichmachung beizutragen. Auch das ist ein besonderes Kapitel in der Geschichte der deutschen vaterländischen „Gesellschaft". In München soll jetzt jener Major von Lützow und wahrscheinlich manche seiner engeren Kameraden als Zeugen auftreten. Nach allem, was man bisher weiß, wird man neugierig sein dürfen, wie das Münchener Gericht dem „Eide" solcher Herren begegnen wird!

Voß nach Berlin.

Hamburg, 14. Januar. (WTB.) Der hier festgenommene ehemalige Oberfeldwebel Hermann Voß ist nach Berlin übergeführt worden. Der gleichzeitig mit ihm festgenommene Mann, dessen Personalien einwandfrei feststehen, ist freiwillig mit nach Berlin gefahren, um dort zu beweisen, daß er in keiner Hinsicht mit den Fememorden im Zusammenhang steht.

Auswärtiger Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages erörterte zunächst den Fall des in Afghanistan unter Anschuldigung des Mordes verhafteten deutschen Forschungsreisenden Dr. Stratil-Sauer. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Abg. Hergt (Dnat.) berichtete Abg. Freiherr v. Rheinbaben (D. Vp.) über den Fall, und Reichsminister des Aeußeren Dr. Stresemann gab hierzu eine aktenmäßige Darstellung. Er betonte hierbei, daß das Auswärtige Amt es als seine Pflicht betrachte, unter allen Umständen das Leben des Forschungsreisenden zu sichern. Zur Sache sprachen dann noch die Abgg. Dr. Hoetzsch (Dnat.), v. Rheinbaben (D. Vp.), Müller-Franken (Soz.) und Stöcker (Komm.). Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Es folgte eine Aussprache über den Stand der Auswirkung von Locarno.

Landwirtschaftskredite der Golddiskontbank

Billige Zwischenhypotheken.

Eine eigenartige Maßnahme zur Behebung der landwirtschaftlichen Kreditnot hat jetzt die Deutsche Reichsbank in Angriff genommen. Sie will durch die Deutsche Golddiskontbank, einer Tochtergründung der Reichsbank, der Landwirtschaft billige Hypothekenkredite bei einem Zinssatz von 7 Proz. auf drei bis fünf Jahre zur Verfügung stellen. Bei dem Charakter der Golddiskontbank kann es sich nur um Devisenbeträge handeln, die hier für landwirtschaftliche Zwecke freigemacht werden. Wie es heißt, soll es sich dabei um große Beträge handeln. Die Gelder werden der zentralen landwirtschaftlichen Bank, der Rentenbankkreditanstalt, übergeben, die sie dann unter Vermittlung der Hypothekeninstitute der Landwirtschaft weiter leitet. Die Landwirtschaft hat dafür eine erstklassige hypothekarische Deckung zu geben; als Deckung für den Kredit bei der Golddiskontbank dienen Hypothekarschuldscheine, die zu einem Drittel nach drei, zu einem weiteren Drittel nach vier und zum letzten Drittel nach fünf Jahren zurückzuzahlen sind. Nach amtlicher Mitteilung ist dafür Vorsorge getroffen, daß die Kredite nur solchen Wirtschaften zufließen, die die Gewähr einer rationellen, intensiven Bewirtschaftung bieten.

Wenn diese Vorbedingung erfüllt wird, so kann die Maßnahme der Golddiskontbank nur begrüßt werden. Ein großer Teil der Landwirtschaft leidet außerordentlich darunter, daß langfristige Kredite entweder überhaupt nicht, oder doch nur zu hohen Zinssätzen zu haben sind, die die Landwirtschaft auf längere Dauer nicht übernehmen kann. Mit einer Gesundung des Realkreditgeschäftes ist auf die Dauer zu rechnen; vorläufig jedoch sind die dem Hypothekenmarkt zufließenden Beträge zu gering, um den überaus starken Kreditbedarf der Landwirtschaft befriedigen zu können. Hier springt die Reichsbank in die Bresche, indem sie durch ihre Tochtergesellschaft für eine Uebergangszeit erhebliche Zwischenhypotheken bereitstellt. Sie begründet dies damit, daß die Deutsche Golddiskontbank aus währungspolitischen Gründen an einer produktiven Entwicklung der Landwirtschaft interessiert ist. Zum ersten Male greift auf diese Weise die Golddiskontbank, die bisher als reine Wechselbank funktioniert hat, in den Markt der langfristigen Anleihen ein. In welcher Weise das voraussichtlich auf den Kapitalmarkt zurückwirken wird, wird noch besonders zu untersuchen sein.

Das Vorgehen der Reichsbank entbehrt nicht eines pikanten politischen Beigeschmacks. Der Reichslandbund, der die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten vorgibt, schreit seit Jahr und Tag Zeter und Mordio gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und sucht ihn förmlich als Büttel der Entente hinzustellen, der keine schönere Aufgabe kenne, als die Landwirtschaft zu ruinieren. Derselbe Reichslandbund hat die Gründung der Rentenbankkreditanstalt betrieben und jede Einmischung der Reichsbank in das landwirtschaftliche Kreditgeschäft bekämpft. Die Rentenbankkreditanstalt sollte sozusagen ein Kampfmittel werden, mit dem Ziele, die Herrschaft des „Dawes-Büttels" Schacht über das landwirtschaftliche Kreditwesen abzuwehren. Nun hat die Rentenbankkreditanstalt bisher in der Beschaffung von Auslandskrediten für die Landwirtschaft glänzend versagt. Eine einzige Anleihe von hundert Millionen Goldmark hat sie hereinbekommen, und diese auch zu Zinssätzen, die der deutschen Landwirtschaft den Geschmack an ähnlichen Geschäften gründlich verleidet haben. Jetzt kommt die Reichsbank, mit der man nichts zu tun haben wollte, und große Geldsummen für die deutsche Landwirtschaft frei, leitet diese sogar über die Rentenbankkreditanstalt, nur von dem sachlichen Interesse getrieben, die landwirtschaftliche Produktion zu stärken. Wieder einmal ist die Demagogie des Reichslandbundes an seiner eigenen Unfähigkeit gescheitert. Wir sind überzeugt, daß der Landbund das Geld gern nehmen und — weiter schimpfen wird.

Gefordert werden muß, daß ein recht erheblicher Teil der Hypothekarkredite den schaffenden Landwirten, in Sonderheit den landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben zur Verfügung gestellt wird, die außerordentlich schwer unter der Kreditnot leiden und ein Recht auf Hilfe haben.

Schacht über die Kreditaktion.

Ueber die hypothekarischen Zwischenkredite für die Landwirtschaft durch die Deutsche Goldiskontbank gab Reichsbankpräsident Dr. Schacht heute noch einige Erläuterungen über den Umfang und den Zweck dieser neuen Aktion. Er stellte in den Vordergrund, daß es bei dieser Aktion darauf ankommt, der Landwirtschaft möglichst rasche Hilfe und ihr durch langfristige Kredite zu verhältnismäßig billigen Sätzen eine gewisse Atempause zu gewähren. Aus rein formalen Gründen liegt vorläufig noch keine Bestätigung durch die Rentenbankkreditanstalt vor, sie wird aber in allernächster Zeit gegeben werden. Ein bestimmtes Schema über die Höhe der jeweils zu begebenden Kredite ist nicht aufgestellt worden. Die Beleihung soll durchaus individuell gehandhabt werden. Es ist lediglich eine Maximalgrenze für die Hypothekarbelastung innerhalb der 33⅓ Proz. des berichtigten Wehrbeitragswertes gegeben. Jedenfalls sind die Hypothekarschuldscheine mit außerordentlichen Sicherheiten ausgestattet. Insofern sind allerdings gewisse Richtlinien für die Gewährung der Kredite gegeben, als die Gewähr geboten werden muß, daß der Landwirt mit dem erhaltenen Gelde auch richtig wirtschaften kann. Nicht nur der Großgrundbesitz, sondern auch der mittlere Bauer soll die Möglichkeit haben, sich verhältnismäßig billigen langfristigen Kredit zu verschaffen. Ein Zwischengewinn seitens der begebenen Institute ist ausgeschlossen. Es werden lediglich ½ Proz. Verwaltungskosten erhoben. Die ganze Aktion ist auf Reichsmark gestellt. Sie baut sich darauf auf, daß die Golddiskontbank ihre überschüssigen Devisenvorräte der Reichsbank zur Verfügung stellt und so Mittel in Reichsmark freibekommt, die sie der Landwirtschaft leihen können. Der Landwirt ist berechtigt, den Kredit jederzeit zurückzuzahlen, worauf sofort eine Löschung der Hypotheken stattfindet. Der wesentliche Gedanke bei der Aktion ist, einen Devisenausgang durch Stützung der landwirtschaftlichen Intensität und möglichste Vermeidung von landwirtschaftlichen Einfuhren zu bewirken. Die von der Golddiskontbank auf Grund von Sicherheiten auszugebenden Schatzscheine sollen möglichst im Inland untergebracht werden. Diese Schatzscheine bieten für die öffentlichen Gelder eine besonders gute und im Interesse der Wirtschaft wertvolle Anlagemöglichkeit. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die mit der Verwaltung der öffentlichen Gelder beauftragten Stellen in weitestem Umfange von dieser Anlagemöglichkeit Gebrauch machen könnten. Man erhofft von der ganzen Aktion einen Druck auf die langfristigen Hypothekengelder und so eine allgemeine Verbilligung langfristiger Kredite. Ueber die mutmaßliche Höhe der Kredite läßt sich vorerst nichts sagen. Zunächst kommt das Eigenkapital der Bank — insgesamt 200 Millionen Mark — in Betracht, darüber hinaus noch der Ertrag der geplanten Schatzscheine.

Der Mieterkampf in Wien.

Ein Hausbesitzerführer soll Minister werden!

Wien, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Außer dem Außenminister Dr. Mataja wird auch der Finanzminister Akrer zurückgetreten. Dieser Rücktritt erhält seine innerpolitische Bedeutung durch die Absicht, dem Bürgermeister von Baden, Kollmann, das Finanzministerium anzuvertrauen. Kollmann ist Führer der österreichischen Hausbesitzerorganisation. Dieser Ministerwechsel ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß die Christlichsozialen den Kampf gegen den Mieterschutz jetzt mit aller Schärfe wieder aufnehmen wollen.

Die Verfolgung des Südtiroler Deutschtums. Der zu fünf Tagen Gefängnis und 500 Lire Geldstrafe verurteilte Rechtsanwalt Dr. Roldin aus Salurn in Südtirol wurde in Freiheit gesetzt; seine Untersuchungshaft hatte 25 Tage gedauert!

Die Arbeit unserer Volksschule.

Von Gustav Metscher.

In seinem Buch „Kraft und Geist unserer deutschen Volksschule", das im Jahre 1923 erschien, skizzierte der Ministerialdirektor Kaestner anschaulich, wie in der neuen deutschen Volksschule Kraft und Geist lebendig sein sollen in den Lehrern, in der Schulverwaltung sowie in den Eltern und Schülern. Manche der neuen Schule nicht wohlgesonnenen Beurteiler haben auf Beweise gedrängt! Diese Beweise für die Beurteilung der Arbeit in der deutschen Volksschule hat nun Kaestner in dem Buche „Lebendige Zeugnisse für die Arbeit unserer Volksschule" (Verlag Jul. Beltz, Langensalza) erbracht.

In seinem Vorwort sagt der Verfasser: „Das Urteil über die Arbeit unserer Volksschule hängt meiner Ueberzeugung nach davon ab, ob es ihr gelingen wird, in Gemeinschaft mit der Jugend derart zu kommen und zu bleiben, daß die Schule keine gewaltsame Veranstaltung gegen die Jugend, daß sie vielmehr ein verantwortungs- und zielbewußtes, aber freies Zusammenleben mit der Jugend ist, getragen von dem starkmachenden Gefühl dienender Gemeinschaft, das sie täglich beglückend erleben läßt. Faßt man die Schule so auf, dann wird sie ganz von selbst zum täglichen Fest, statt zum täglichen Schrecken, denn es gibt doch nichts Schöneres als Helfenkönnen und Helfendürfen." In diesen paar kurzen Sätzen liegt das große Geheimnis des Erfolges unserer modernen Schularbeit.

Wohin der Ministerialdirektor auf seinen Reisen kam in Stadt- und Landschulen, da brach gar bald das kühle Sich-reserviert-halten der Klasse, die Angst vor dem vermeintlichen „Revisor alten Stils" mich. Tausenden von preußischen und außerpreußischen Kindern war der „hohe Herr aus Berlin" bald der gütige, väterliche Freund, der freundliche „Onkel". Rührend sind die vielen Kinderbriefe — eben jene lebendigen Zeugnisse, von denen der Titel spricht! — die aus allen Teilen des Landes ihm auf den Tisch flatterten. Da bedankt sich so ein kleiner holsteinischer Dorfbub (im 3. Schuljahr) für ein hübsches Märchenbuch, das ihm Kaestner geschenkt hatte, ohne Scheu mit der niedlichen Anrede: „Lieber Onkel Kaestner. Das sind aber schöne Geschichten! . . ." Oder ein derber ostpreußischer Junge schreibt frei von der Leber herunter: „Wir würden uns jetzt mehr freuen, wenn Sie uns statt den Büchern etwas Tischlerhandwerkszeug und ein paar Schrauben zur Hobelbank schenken würden, da wir jetzt Handwerksunterricht haben." Auch vierzehnjährige Kinder — Jungen und Mädchen — berichten ihm brieflich, ausführlich begründend, was sie werden möchten, manchmal nicht ohne einen feinen Humor. Man hat seine helle Freude daran, immer wieder feststellen zu können, wie natürlich, herzlich, unbefangen und gewandt all jene Kinder zu schreiben imstande sind.

Was aber dem Buch einen ganz besonderen Reiz gibt und der Volksschule von heute hohen Ruhm verleiht, das sind die trefflich illustrierten farbigen Proben jener Kinderbriefe und Kinderarbeiten. Es ist erstaunlich, was da in unserer neuen Schule — ganz besonders schon in der Grundschule — geleistet wird! Selbstentworfene, buntfarbige Weihnachtskartengrüße wechseln mit sehr sinnigen und geschmackvollen Briefleisten. Ein wahres Meisterstück ist die in einer Volksschule alljährlich erscheinende Weihnachtszeitung der „Weihnachtsbote" und der Bericht „Von unseren Reisen um die wundervolle Erde". Eine uckermärkische Kleinstadtschule ist mit illustrierten Schulaufsätzen vertreten. Ja, das alles sind lebendige Zeugnisse für die Arbeit in unserer Volksschule. Da ist nichts Gemachtes, nichts Parademäßiges! Keine Spitzenleistungen! Alles ist reine Alltagsarbeit, herausgewachsen aus der Stunde. Wenn doch alle Eltern schulpflichtiger und nichtschulpflichtiger Kinder dies Buch in die Hand nehmen würden!

Zur Verwandlung von Quecksilber in Gold. Zu den vielen Stimmen, die sich skeptisch zu den Versuchen Miethes, Quecksilber in Gold zu verwandeln, verhalten, gesellen sich jetzt auch solche aus Amerika. Die Untersuchungen wurden an der New Yorker Universität von Sheldon und Etzen durchgeführt, und diese Forscher kommen zu demselben Ergebnis wie schon verschiedene Forscher in Deutschland, daß nämlich alles Gold, das Miethe und andere aus Quecksilber gewonnen haben, bereits in diesem vor den Versuchen als Verunreinigung enthalten war, daß nach dem Miethescheu Verfahren dagegen aus reinem goldfreien Quecksilber auch nicht die geringste Spur von Gold erhalten wird und von einer Verwandlung des Quecksilbers in Gold gar keine Rede sein kann.

Die Redaktion des „Scientific American", wo diese Untersuchungen veröffentlicht sind, schließt die, wie sie glaubt, „beruhigende" Bemerkung an, daß die finanzielle Grundlage der zivilisierten Welt noch ungefährdet ist. Eine wirkliche Unruhe war wohl nie vorhanden, denn auch nach Miethes Versicherung ist sein Verfahren zu teuer und liefert zu wenig Gold, als daß es für praktische Zwecke in Betracht käme. Im übrigen ist das Gold wirklich nicht die Grundlage der Zivilisation, auch nicht die finanzielle, sondern diese bildet einzig und allein die Arbeit, wenn dieser Zusammenhang bei der kapitalistischen Wirtschaft auch nicht immer klar hervortritt. Wenn Gold so gemein und wertlos würde wie Kieselsteine, würde unsere Zivilisation irgendeine ihrer Grundlagen keineswegs verlieren, höchstens würden manche Leute, die ihres Goldreichtums wegen heute nicht zu arbeiten brauchen, gezwungen werden, auch eine nützliche Tätigkeit zu verrichten.

Die neue Kältewelle. Die nach einer dreiwöchigen, zeitweilig abnorm milden Tauwetterperiode zu Beginn dieser Woche wieder eingetretene Winterkälte macht sich im Gegensatz zu der Kälteperiode von Anfang Dezember diesmal am intensivsten im deutschen Osten und Nordosten geltend. In Königsberg wie überhaupt in Ostpreußen ist der Frost mit 17 bis 20 Grad unter Null am schärfsten; nach wesentlich niedrigere Temperaturen herrschen freilich im Baltikum und im nordwestlichen Rußland. Zwischen Riga und Petersburg zeigt das Quecksilber überall 24 bis 25 Grad unter Null, und südöstlich vom Weißen Meere sind Temperaturen von 35 bis 37 Grad Kälte erreicht worden. Die sibirische Winterantizyklone, die Trägerin der strengen Kälte, hat ihren Vorstoß nach Westen diesmal bis zu den britischen Inseln ausgedehnt und erstreckt sich mit ihrem Gesamtbereich von Mukden bis London, bedeckt also den gesamten Norden Asiens und Europas. In diesem ganzen ungeheueren Gebiete herrscht strenge Kälte zwischen 10 und 40 Grad unter Null, ausgenommen den äußersten Westrand des Hochdruckgebietes, der um die Wochenmitte nach Frankreich und England reichte. Auch der nordamerikanische Kontinent wird gegenwärtig fast völlig von hohem Luftdruck beherrscht und hat deemgemäß winterliche Witterung; wogegen der Atlantische und der Stille Ozean von Tiefdruckgebieten bedeckt sind. Die absoluten Druckunterschiede zwischen dem kalten Festland und dem warmen Ozean waren in dieser Woche abnorm groß. Die augenblickliche Kälte scheint im allgemeinen ihren Höhepunkt schon überschritten zu haben, da sich der westliche Kern der sibirischen Winterantizyklone langsam südwärts zu verlagern begonnen hat. Allerdings vermag die atlantische Zyklone den ungeheueren, von Ostasien bis zu uns reichenden Kaltluftkörper nicht ohne weiteres zu verdrängen, und es wird des Anpralls noch weiterer ozeanischer Wirbel, die aus dem Golf von Mexiko im Zuge des Golfstroms in Annäherung begriffen sind, bedürfen, um das gewaltige kontinentale Hochdruck- und Kältegebiet abzubauen.

Ein politisches Kaiserlitheater. Die politische Satire betätigt sich bei uns in Karikaturzeichnungen, Zeitungsnotizen und Varieteliedchen, nur sehr selten auch in Versammlungs- oder gar Parlamentsreden. In Warschau hat es auch politische Kasperl-Komödien gegeben. Ein Kellersaal war vor einiger Zeit der Schauplatz dieser Art Verspottung der Parteiführer, und auch unsere polnischen Genossen blieben nicht verschont. Einer der bekanntesten von ihnen, der einst sehr revolutionär gesprochen hatte, dem man aber jetzt, nach Erreichung der polnischen Staatlichkeit, großen Opportunismus nachsagt, wurde dargestellt, wie er versucht, das jugendgewohnte Kampflied „Na Barricadi!" (Auf die Barrikaden!) wieder zu singen. Er versucht alle möglichen anderen Melodien — aber keine paßt: er hat die richtige vergessen. Man kann sich den Erfolg dieser Szene vorstellen!

Die Sallenburg-Bühnen werden in der Zeit vom 30. Januar bis 30. April ein Ensemble-Gastspiel im Lessingtheater absolvieren. Zur Aufführung gelangt zunächst die Operette „Paganini" von Franz Lehar.

Julius Bab hält auf Einladung der Volksbühne einen Zyklus von fünf Vorträgen über das „Religiöse Drama der Gegenwart". Die Vorträge finden im Rittersaal der Oper am Königsplatz statt, der erste am Sonntag, den 17. Januar, abends 8 Uhr. Einlaßkarten à 60 Pf. am Saaleingang.

Vorträge. Freitag, abends 8 Uhr, spricht in der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas der russische Prof. Iwan Ilsin über: Leo Tolstoi und sein sentimentaler Nihilismus, im Saal der Deutschen Gesellschaft 1914, Schadowstr. 6/7.

Den Bernburger Hellseherprozeß behandelt in einem Vortrag im Rahmen der Humboldt-Hochschule Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig Sonnabend, 8 Uhr, in der Aula Dorotheenstr. 12.

Im Kaiser-Friedrich-Museum beginnt Dr. B. Daun, Dezernent für Kunst im Polizeipräsidium, am Sonntag, ½10—10½ Uhr, eine Vortragsreihe von 5 Doppelstunden über deutsche, niederländische, holländische, spanische und englische Malerei.

Die sprachenfeindliche Türkei. Die türkische Nationalversammlung hat mit der Erörterung des Gesetzentwurfes begonnen, durch den es jedem türkischen Untertan verboten wird, an öffentlichen Orten eine andere Sprache als die türkische zu gebrauchen.

Die Fürsten-Hyänen.

700prozentige Aufwertung!

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses fragten vor Eintritt in die Tagesordnung die Abgeordneten Dr. **Rosenfeld** und **Neubauer** an, was die Reichsregierung auf Grund der aufsehenerregenden Nachricht getan hätte, daß der frühere Herzog von Coburg-Gotha **die ihm zugesprochenen Ländereien verkaufen oder belasten wolle.**

Vors. **Kahl:** Ein besonderes Ersuchen an die Reichsregierung hat der Ausschuß nicht beschlossen.

Dr. **Rosenfeld:** Ich möchte aber annehmen, daß die Reichsregierung sich von selbst veranlaßt gesehen hat, nähere Erkundigungen einzuziehen und die thüringische Regierung auf die dem Lande Thüringen drohende Gefahr aufmerksam zu machen.

Reichskommissar **Kuenzer:** Wir haben den Landesregierungen von den Mitteilungen des Abg. Dr. Rosenfeld Kenntnis gegeben. Das Reich kann nichts machen, das Reich kann nur den Ländern von der drohenden Gefahr Kenntnis geben. Ob die Länder etwas machen können, sei recht zweifelhaft.

Vors. **Kahl:** Die Landesregierungen könnten nur einen Widerspruch gegen Veränderungen im Grundbuch eintragen lassen.

Dr. **Rosenfeld:** Die Reichsregierung könnte doch mindestens die Länder anfragen, was sie

zum Schutze des Volksvermögens

zu tun gedenken. Im Fall Coburg-Gotha könnte das Land Thüringen noch bei Einreichung eines Antrages auf Belastung eines Grundstückes im Wege der einstweiligen Verfügung den nötigen Schutz durchsetzen. Der Ausschuß wird doch wünschen wollen, daß alles geschieht, was nötig ist, um ein zu spätes Eingreifen des Reichstages zu verhindern.

Reichskommissar **Kuenzer:** Wenn das der Wunsch des Ausschusses ist, wird die Reichsregierung dem Rechnung tragen.

Vors. **Kahl:** Ich nehme an, daß der Wunsch des Ausschusses dahin geht, Auskunft darüber zu erhalten, was den Landesregierungen über derartige Bemühungen einer fürstlichen Familie bekannt ist, und die Landesregierungen anzufragen, ob sie bereit sind, alles zu tun, um Verschiebungen zu verhindern.

Abg. **Wunderlich** (Vp.): Es müßte verhindert werden, daß jetzt in irgendeinem Lande eine Verschiebung eintritt.

Abg. Dr. **Rosenfeld:** Soeben ist der thüringische Minister Leuthäuser erschienen. Er könnte uns sogleich Auskunft geben darüber, was die thüringische Regierung im Fall Koburg-Gotha getan hat bzw. zu tun gedenkt. Minister **Leuthäuser:** Ich nehme an, daß die erforderlichen Erörterungen angestellt sind und daß geprüft werden wird, inwieweit das Land Thüringen eingreifen kann. Abg. **Rosenfeld:** Ich bitte, daß die thüringische Regierung dem Ausschuß in der nächsten Sitzung das Ergebnis ihrer Erörterungen mitteilt. Minister **Leuthäuser:** Das werden wir tun.

Der Ausschuß wendet sich dann der Besprechung der Verhältnisse in Anhalt zu. Auch das anhaltinische Fürstenhaus hat nach Abschluß eines Abfindungsvertrages Aufwertungsansprüche gestellt, über die eine Entscheidung noch nicht ergangen ist. Der Vertreter der anhaltinischen Regierung schließt sich der Erklärung der sächsischen Regierung an, daß die Auseinandersetzungsfragen erledigt seien und mit einer Rückwirkung reichsrechtlicher Bestimmungen auch Anhalt nicht erwünscht sei.

Dr. **Rosenfeld:** Schließt sich die anhaltinische Regierung auch der gestern in der Presse veröffentlichten Erklärung der sächsischen Regierung an, daß sie gegen eine reichsrechtliche Regelung im Sinne des Antrages Koch keine Bedenken habe? Der Vertreter der anhaltinischen Regierung: Das ist auch unsere Meinung. Die gleiche Erklärung gibt für Braunschweig der braunschweigische Gesandte ab.

Ueber die Verhältnisse in Mecklenburg-Schwerin wird mitgeteilt, daß nach der durchgeführten Abfindung die frühere

großherzogliche Familie sehr weitgehende Aufwertungsansprüche

gestellt habe. Ein Schiedsgericht habe eine 60prozentige Aufwertung zugebilligt, und alsdann hätten zunächst drei Mitglieder des Fürstenhauses und dann auch der Großherzog selbst die Vollstreckbarkeit des Schiedsspruchs in Höhe von 389 000 Goldmark beantragt. Landgericht und Oberlandgericht Rostock hätten sich auf den Standpunkt des Fürstenhauses gestellt.

Dr. **Rosenfeld:** Diese Sache ist wieder ganz besonders auffällig. Nicht nur ist sehr befremdend der Prozentsatz der Aufwertung von 60 Proz., sondern auch, daß sofort das ganze aufgewertete Kapital verlangt wird und daß die Gerichte dieses Verlangen billigen.

Der Vertreter der Reichsregierung: Die mecklenburgische Regierung wehrt sich gegen die Durchführung des Schiedsspruches. Sie hat den Antrag gestellt, den Schiedsspruch für unzulässig zu erklären, da das Schiedsgericht für Aufwertungsansprüche gar nicht vorgesehen sei.

Abg. v. **Richthofen** (Dem.): Es handelt sich hier um eine

Aufwertung von 700 Proz.

Dr. **Rosenfeld:** Auf Grund dieser ungeheuerlichen Mitteilungen beantrage ich die Zuziehung eines Vertreters der mecklenburgischen Regierung. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Der gleiche Beschluß wird alsdann bezüglich der Verhältnisse in Oldenburg und Schaumburg-Lippe gefaßt. Zu letzterem bemerkt Abg. v. **Richthofen** (Dem.): Bei dem Fürsten von Schaumburg-Lippe handelt es sich um den reichsten deutschen Fürsten, und dieser hat nicht nur sein ganzes Vermögen behalten, sondern außerdem ein Fünftel des ganzen landwirtschaftlichen Besitzes, den Staat und Fürst gemeinsam hatten, und fast die Hälfte der ganzen Forsten. Dieser Fürst soll gar nicht in Deutschland, sondern seit seiner mehr als unebenbürtigen Heirat im Ausland leben.

Dr. **Rosenfeld:** Welchen Wert hat das Privateigentum des Fürsten und welchen Wert hat der Teil seines jetzigen Vermögens, der ihm durch den Auseinandersetzungsvertrag zugesprochen ist?

Der Vertreter der Reichsregierung kann ihm hierüber keine Antwort geben, und es wird daher beschlossen, auch den Vertreter von Schaumburg-Lippe zur nächsten Sitzung zuzuziehen. Diese soll am kommenden Dienstag stattfinden.

Militärkrise in Belgien.

Rücktritt des Kriegsministers wegen verkürzter Dienstzeit.

Brüssel, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Durchführung der Militärreform ist es zu einer teilweisen Regierungskrise gekommen. Die Haltung des Kriegsministers, General Kestens, wird von den übrigen Mitgliedern der Regierung nicht gebilligt. Die Sozialisten fordern bekanntlich die stufenweise Einführung der sechsmonatigen Dienstzeit. Die Regierung ist sich einig darüber, zunächst die Dienstzeit von 10 Monaten für die Jahresklasse von 1925 einzuführen, und die größere Militärreform sofort nach Erledigung des Finanzproblems zu behandeln. Der Kriegsminister Kestens will dagegen die Dienstzeit überhaupt nicht unter 10 Monate herabsetzen und auch diese erst für die Klasse 1926 einführen. Für die Klasse 1925 verlangt er sogar noch 12 Monate. Der Ministerrat, dem der Kriegsminister nicht beiwohnte, hielt am Mittwoch an der sofortigen Einführung der Dienstzeit von 10 Monaten fest. Der Rücktritt des Kriegsministers wird bestimmt für Donnerstag erwartet. Sein Nachfolger wird sofort ernannt werden, es wird vermutlich ein Militär sein, der die Ansicht der Regierung teilt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch der Innenminister Rolin Jacquemyns zurücktritt, da er für die Entsendung der Gendarmerie in das Hennegauer Streikgebiet verantwortlich ist. Diese Gendarmen sind übrigens wieder auf größere Entfernung zurückgezogen worden und im Streikgebiet ist alles ruhig.

Wintersonne.

Wir Menschen der Großstadt sind viel mehr abhängig von den Einwirkungen der Jahreszeiten und ihrem täglichen Spiegelbild, als wir es selbst glauben möchten. Wir können uns nicht darüber hinwegsetzen, was Natur zum Erlebnis in der menschlichen Seele bestimmt, und das Geschehen am gewaltigen Firmament trifft und ereilt uns, in welche Enge wir uns auch flüchten mögen. Und recht viele Leute in der Großstadt gibt es, die sind in ihrem Seelenleben geradezu angewiesen auf gute Launen des Wetters. Kräfte vor allem, die schöpferisch wirken, wie Künstler, aber darüber hinaus wohl die ganze große Gruppe derer, die auf geistige Art Erwerb suchen müssen. Heute, da wir wieder und endlich einmal einen Sonnentag über uns und in uns haben, da merken wir erst, daß der großen Stadt diese Sonnenstrahlen gefehlt haben. Die Nacht ging nicht über in den Tag, es dehnte sich etwas verdrossen weiter, ohne recht Licht zu werden, wir mußten auf die Uhr sehen, um nicht Pflichten zu versäumen, zu denen uns freudloser Weg der Schatten führte, und am Abend war es das gleiche: kein rechtes Verdämmern, so wenig ein richtiger Abend, wie es ein echter Morgen war. Da kommt nun auf einmal ein starker froher Sonnentag und stellt uns, morgens und abends noch nicht so recht Herr über sich selbst, zum mindesten einen prachtvollen Mittag hin. Was Kälte und Frost — wo uns das Licht, das wieder zunehmende, in freudigem Werden wachsende Licht Wiederkehr der Freuden, Erfüllung der Hoffnungen verheißt! Und bis in den kleinsten und engsten Winkel setzt sich das sieghafte Blau über unseren Häuptern durch — die Gassen gähnen nicht mehr grau in grau, die Steine sind nicht mehr ein trost- und farblos erstarrtes Meer — in jedem einzelnen fängt eine kleine Besonderheit zu glühen an, Zinnen, Spitzen, Kuppeln lösen sich aus dem Bann der Schatten, die gute Spree, unheimlich schwarz und schwer in den lichtlosen dumpfen Tagen, blitzt und glitzert, und wir freuen uns am farbenleuchtenden Gefieder der vielen Tausende von fremden Gästen. In uns selbst erwacht Arbeitswille, Freude am Schaffen. Das macht ein einziger Sonnentag. Aber diese Wintersonne hebt sich nicht über Schneegefilde — trotz der Kälte haben wir den ersten Künder des Frühlings vor uns. Vorwärts! Jeder Tag ist ein Kleinsieg des Lichtes. Wir wollen gleich ihm mächtig ausholen — haben wir auch noch viel zu dulden und zu schleppen, das Schwerste soll überwunden sein! Nur der erringt sich das Licht, der es achtet und liebt und von seiner Sieghaftigkeit im tiefsten Glauben durchdrungen ist.

Prozeß Holzmann.

Der Angeklagte Holzmann fehlt!

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute morgen der Prozeß gegen den russischen Staatsangehörigen Michael Holzmann, den früheren Leiter des Berliner Fremdenamtes Regierungsrat Walter Bartels und den früheren Kriminalbetriebsassistenten Karl Rothe, durch den voraussichtlich einiges Licht in den Fall Kutisker, damit auch in die Kreditpolitik der Preußischen Staatsbank, die Kutisker bekanntlich Kredite gewährt hatte, kommen dürfte. Holzmann wird beschuldigt, seinen ursprünglichen Geschäftsfreund Iwan Kutisker erheblich betrogen und sich durch Erpressungen von ihm gesetzwidrige Vermögensvorteile verschafft zu haben. Ferner wird ihm zur Last gelegt, den früheren Leiter des Berliner Fremdenamts Regierungsrat Bartels durch Geschenke und Barzuwendungen bestochen zu haben. Regierungsrat Bartels ist der passiven Bestechung angeklagt und beschuldigt, daß er als Beamter Geschenke und andere Vorteile angenommen hat, um dafür unter Verletzung seiner Amtspflicht Holzmann gefällig zu sein. Das gleiche Vergehen wird auch dem früheren Kriminalbetriebsassistenten Karl Rothe zur Last gelegt, der durch pflichtwidrige Handlungen im Polizeipräsidium Holzmann Vorschub geleistet haben soll.

Die Verhandlung, die auf ½10 Uhr anberaumt worden war, wurde mit etwa einstündiger Verspätung eröffnet. Als die Angeklagten Holzmann, Regierungsrat a. D. Bartels und Kriminalbetriebsassistent Rothe aufgerufen wurden, stellte sich heraus, daß der Angeklagte Holzmann nicht erschienen war. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte der Verteidiger Holzmanns, daß Holzmann fest zugesagt hätte, zu der Verhandlung zu erscheinen. Der Vorsitzende schlug deshalb vor, die Verhandlung bis morgen auszusetzen. Staatsanwaltschaftsrat Ziegel erklärte, daß sich der Angeklagte Holzmann die Weihnachtsfeiertage über in Berlin aufgehalten habe und am 8. dieses Monats bei der Vernehmung des Zeugen Steinhardt anwesend gewesen sei und diese rege verfolgt habe. Es sei bisher auch nicht ein Gutachten eines Gerichtsarztes über den Gesundheitszustand des Holzmann eingereicht worden, sondern lediglich vor längerer Zeit ein Urteil des Anstaltsarztes der Heilanstalt in Loschwitz bei Dresden, die Holzmann seinerzeit aufgesucht habe. Er beantrage deshalb, den Angeklagten Holzmann polizeilich vorzuführen und ihn durch einen Gerichtsarzt an Ort und Stelle bei der Vorführung untersuchen zu lassen. Das Gericht zog sich darauf zur Beratung zurück und verkündete nach kurzer Zeit, daß die Verhandlung bis morgen mittag 12 Uhr ausgesetzt werden solle. Ferner wurde die Vorführung und gerichtsärztliche Untersuchung des Angeklagten Holzmann vom Gericht beschlossen. — Der Angeklagte Holzmann ist im Herbst vorigen Jahres aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da sich bei ihm, wie die Gerichtsärzte festgestellt hatten, ein Nerven- und Herzleiden entwickelt hatte, das zu ernsten Befürchtungen Anlaß gab. Auf Anraten eines von der Charité herbeigezogenen Klinikers wurde Holzmann damals ein Urlaub von mindestens 10 Wochen gewährt. In der letzten Zeit wohnte Holzmann mit seiner Gattin in der Kaiserallee, im Westen Berlins, und hat sich in den letzten Tagen wiederum in das Sanatorium Loschwitz begeben, da er sich schlechter fühlte.

Wie aus Dresden gemeldet wird, ist der Kaufmann Michael Holzmann zurzeit nicht, wie man glaubte, im Sanatorium Loschwitz bei Dresden, sondern hat die Heilstätte, in der er sich während der letzten Monate mehrmals aufgehalten hat, am 5. Januar verlassen, um nach Berlin zurückzukehren. Es besteht also kaum ein Zweifel, daß Holzmann die Flucht ergriffen hat, um sich dem Prozeß, der jetzt stattfinden sollte, zu entziehen.

Opfer der Glätte.

Schon wieder hat der einsetzende Frost und der in der Nacht niedergegangene leichte Schneefall Bürgersteige und Fahrdämme in spiegelglatte Flächen verwandelt. Eine große Anzahl von Personen kam auf dem gefährlichen Pflaster zu Fall. Sie zogen sich mehr oder minder starke Verletzungen zu. Allein die städtischen Rettungsstellen wurden in den Vormittagsstunden von etwa 15 Personen in Anspruch genommen. Es handelte sich in den meisten Fällen um schwere Verstauchungen. In einigen Fällen mußten die Verletzten, die sich Bein- und Rippenbrüche zugezogen hatten, in Krankenhäuser übergeführt werden. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß immer noch auf die eigentlich ganz selbstverständliche Reinigungspflicht der städtischen Straßenreinigung, aber auch der Straßenanlieger erst hingewiesen werden muß, denn nirgends konnte heute morgen beobachtet werden, daß Sand oder abstumpfende Mittel gestreut waren. Aber nicht nur auf den Bürgersteigen spielten sich Szenen von Massenstürzen ab, sondern auch auf den Fahrdämmen gaben sich Kutscher und Rasselenker redlich Mühe, die gestürzten Tiere wieder aufzurichten. Darum: Streut Sand oder Asche und schützt Mitmenschen und Tiere vor Unfällen.

Eine Verzweiflungstat.

Die Arbeitslosigkeit wird immer drückender, immer weitere Kreise der Arbeiterbevölkerung werden in bitterste Not hineingestoßen — und immer zahlreicher werden die Selbstmorde der Verzweifelnden. Im Hause Hochstraße 23 ist ein 41 Jahre alter Maurer August Brall zu dem Entschluß gelangt, zusammen mit seiner Ehefrau aus dem Leben zu scheiden, weil er seit längerer Zeit krank und arbeitslos war. Durch Gasgeruch, der aus der Wohnung drang, wurden Hausbewohner beunruhigt, und die von ihnen herbeigerufene Feuerwehr, die in die Wohnung eindrang, fand dann beide Eheleute bewußtlos auf. Frau Brall, die bereits tot war, hatte anscheinend auch Salmiak getrunken, um sich zu vergiften, und trug an der Stirn und dem Hinterkopf Schnittwunden. Brall selbst hatte sich eine Pulsader aufgeschnitten, er gab aber noch Lebenszeichen von sich und wurde nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht.

Verkehrsstörung auf der Vorortbahn nach Bernau. Eine sehr empfindliche Verkehrsstörung trat heute morgen kurz nach ¼7 Uhr auf der elektrisch betriebenen Schnellbahnstrecke Bernau—Berlin ein. Wir erfahren hierzu folgendes: Als der Triebwagen auf Bahnhof Carow anfahren wollte, riß wahrscheinlich infolge der Kälteeinwirkung die Kupplung des Triebwagens und außerdem trat ein erheblicher Motorschaden ein. Vom Stettiner Bahnhof wurde telephonisch eine Dampflokomotive herbeigerufen, die den auf der gesperrten Strecke stehenden Zug nach dem Bahnhof Blankenburg abschleppte. Durch diesen Vorfall trat eine Verkehrsstörung von 70 Minuten ein, die infolge der strengen Kälte von den vielen Arbeitern und Angestellten, die an ihre Berliner Arbeitsstätten eilen wollten, besonders hart empfunden wurde. In der Gegenrichtung Stettiner Bahnhof—Bernau trat die Störung weniger in Erscheinung und mit nur kleinen Verzögerungen konnte hier der Verkehr durchgeführt werden.

* **Bodenbrand in der Belle-Alliance-Straße.** Ein gefährlicher Bodenbrand kam heute vormittag gegen 11 Uhr in dem Hause Belle-Alliance-Straße 81 zum Ausbruch. Auf den Alarm Mittelfeuer eilten sofort zwei Löschzüge an die Brandstelle. Es gelang der Wehr, den Brandherd zu lokalisieren und den Dachstuhl zu schützen, trotzdem das Feuer an dem Bodengerümpel reiche Nahrung gefunden hatte. Lediglich dem schnellen Eingreifen der Wehr ist es zu verdanken, daß das Feuer keine größere Ausdehnung nehmen konnte. Gegen 1 Uhr nachmittags konnten die Wehren wieder abrücken. Die Entstehungsursache ist bisher noch unbekannt.

Vereinigung sozialdemokratischer Studenten. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Sozialwissenschaftlichen Klub, Wilhelmstr. 48, Vortrag des Professor Grotjahn: „Aktuelle Fragen der Bevölkerungspolitik". Gäste, auch Nichtstudenten, herzlich willkommen.

Haarmanns Freund Grans vor Gericht.

Schwierigkeiten der Anklage.

Haarmann ist hingerichtet. Und nun geht es um den Kopf seines Freundes und Genossen, von dem man immer noch nicht weiß, ob er nur ein gewöhnlicher Verbrecher und Hehler ist, oder den Haarmann wirklich zum Morde angestiftet hat. Jedenfalls ist er eine aalglatte Schlangennatur, der, selbst im Falle einer Schuld, vom Gericht nicht so leicht beizukommen ist, denn die beiden Hauptzeugen, auf deren Aussagen sich die Anklage stützt, sind zweifelhafter Natur.

Da ist zunächst als erster, als Hauptbelastungszeuge Haarmann, über dessen Bedeutung als Belastungszeuge man geteilter Meinung sein kann. Zudem ist er tot und hat vor der Hinrichtung seine ganze Anklage widerrufen. Ueber einen Tag lang werden vor dem Gericht Protokollerklärungen des Haarmann verlesen. Dabei wird bekannt, daß der alte Mörder zugibt, schon in seinem 16. Lebensjahre gemordet zu haben, doch wird das noch heute über seinem früheren Dasein schwebende Dunkel nie mehr erhellt werden. Ueber die Belastung Grans hat Haarmann später Aussagen gemacht, die den Grans weitgehend entlasten. Typisch sind in diesem Sinne folgende Worte, die schriftlich niedergelegt sind: „Grans ist nur belastet, weil ich aus Rache die Unwahrheit gesagt habe. Man hatte mich schon tagelang geschlagen und mißhandelt, um mich zu Aussagen zu zwingen, die nicht wahr sind. Ich wurde mit einem Gummischlauch geschlagen und mein Rücken war blitzeblau. Herr Dr. Schackwitz, der Sachverständige, weiß auch, daß, als wir an jenem Abend die Köpfe im Gericht besahen, Kriminalkommissar Raetz mich in die Ecke nahm und in Anwesenheit des Dr. Schackwitz immer auf die Füße trat, so daß ich vor Schmerzen laut schrie. Erst als ich Grans belastete, weil mir gesagt wurde, er sage nicht gut über mich, bekam ich etwas zu essen und wurde gut behandelt." Fest steht, daß Haarmann zumindest bezahlter Vigilant (Zuträger) der Polizei gewesen ist. Der „Herr Kriminal" war mit zahlreichen Polizeibeamten gut befreundet, brachte Fleisch auf die Bahnhofswache, um die dortigen Beamten besser zu ernähren und verschenkte Kleidungsstücke an sie. Ueberhaupt hat die Polizei keine günstige Rolle dabei gespielt. Nach dem Urteil der Sachverständigen gilt Haarmann als ein geistig minderwertiger Mensch, als durch und durch verlogen und in vielen Dingen unglaubwürdig. Welchen Behauptungen Haarmanns soll jetzt das Gericht bei der Beurteilung des Grans Glauben schenken? Soll sie den anklagenden Aeußerungen, die von dem Urheber selbst als Lügen bezeichnet werden und von denen er sagt, sie seien zum Teil auf Grund von polizeilichen Mißhandlungen erfolgt, oder dem letzten Geständnis zugunsten Grans, das unter Berufung auf die selige Mutter Haarmanns und auf den lieben Gott gegeben worden ist, glauben? Grans bestreitet alles und leugnet jede, auch die geringste Missetat. Und das Gericht mag tausendmal die Verlogenheit des Grans empfinden, wer will auf das schwankende Beweismaterial über Tod oder Leben entscheiden? Doch morgen beginnt die Beweisaufnahme mit den Zeugenaussagen und vielleicht ergibt sie neue Momente. Und der zweite Hauptzeuge gegen Grans, der Friseur Seidel, eine Schwätzer- und Heuchlertype, ist auch kein Fettauge für den Staatsanwalt. Er hat eine riesengroße Strafliste und konnte im Haarmann-Prozeß wegen Unglaubwürdigkeit nicht vereidigt werden. Als Sensation der jetzigen Gerichtsverhandlung ergab sich, daß die Staatsanwaltschaft diesen Zeugen überhaupt nicht auffinden kann und ihn durch Polizeiorgane fieberhaft suchen lassen muß. Seidel weiß auch, warum er sich fern vom „Kriegsschauplatz" aufhält. Er möchte keinen Meineid schwören und außerdem wird er noch zur Abbüßung einiger Sünden von der Strafanstalt gesucht und würde so leicht nicht freikommen. Die Anklagebehörde hat also im Prozeß Grans keinen leichten Stand. Wird ihr die Beweisführung gelingen?

Die Kälte in Italien.

Mailand, 14. Januar. (EP.) Heute nacht ist in ganz Oberitalien wiederum starker Schneefall eingetreten. In Mailand ist heute morgen infolge der großen Schneemassen der Verkehr stark behindert. Im ganzen Lande herrscht eine für Italien unverhältnismäßig starke Kälte. In verschiedenen Städten sind Menschen erfroren. Die Etsch ist in Verona teilweise zugefroren. Auch von der italienischen Riviera wird starke Kälte gemeldet, wo die Blumenkulturen großen Schaden gelitten haben. Aus den bergamaskischen Gebirgstälern und aus dem Piemont werden bis zu 20 Grad Kälte gemeldet.

Sturm und Unwetter in Spanien. Seit gestern abend herrscht an der ganzen Küste von Spanien ein von starken Regenfällen begleiteter heftiger Sturm. Sämtliche Schiffe mußten in die Häfen zurückkehren. Ueber 400 Häuser sind teilweise zerstört worden. Die Telephonverbindungen sind unterbrochen. Sämtliche Hafenkais von Barcelona sind überschwemmt.

Gewerkschaftsbewegung

Landwirtschaft und soziale Lasten.

Beweislose Behauptungen.

Trotz der sehr deutlich gehaltenen Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Frage der sozialen Lasten setzt die agrarische Presse das Schimpfen über die angeblich zu schwere soziale Belastung der deutschen Wirtschaft fort. Von einer guten Regie ist allerdings hierbei wenig zu merken. Einmal behauptet man, die sozialen Lasten seien um mehr als 250 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen; dann spricht man nur von 200 Proz.; in der Nr. 3 der „Deutschen Tageszeitung" vom 3. Januar wird eine Tabelle abgedruckt, in der die Steigerung auf 150 Proz. beziffert wird.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat dazu, angesichts dieser widerspruchsvollen Behauptungen, dem Freiherrn von Wangenheim die Frage vorgelegt, auf welche Betriebe er sich eigentlich bei seinen Zahlenangaben in der „Deutschen Tageszeitung" stützt. Statt einer Antwort des Freiherrn von Wangenheim ging eine Mitteilung der Landwirtschaftskammer in Stettin folgenden Wortlauts ein:

„Zum dortigen Schreiben vom 19. vorigen Monats an den Herrn Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer wird ergebenst mitgeteilt, daß die Landwirtschaftskammer die Angaben dem Material der Buchführungsstelle der Landwirtschaftskammer entnommen hat, sie sind demzufolge in jeder Beziehung einwandfrei. Die Buchführungsstelle ist jedoch nicht befugt, die Namen der Betriebe zu nennen. Auch die Landwirtschaftskammer erhält derartiges Material ohne Namensangabe. Dem dortigen Wunsche kann daher leider nicht entsprochen werden."

Nach dieser Sachlage steht also fest, daß man wohl alle möglichen Behauptungen in die Welt setzt, keineswegs aber daran denkt, sie auch mit einwandfreiem Zahlenmaterial zu belegen. Man sagt sich anscheinend: Schreiben und reden wir darauf los, einiges wird doch hängen bleiben. Unter solchen Umständen bleibt nur übrig, künftig die Ausführungen der landwirtschaftlichen Unternehmer und ihrer Organisationen zur Frage der sozialen Lasten unbeachtet zu lassen

---

Eine sonderbare Gewerkschaft.

Sie stellt Fememörder an und nimmt Unternehmergelder.

Wir haben wiederholt auf das Zusammenarbeiten des Zentralverbands der Landarbeiter mit den Unternehmern hingewiesen. Diese Organisation gehört wohl den christlichen Gewerkschaften an, steht aber unter deutschnationaler Leitung. Was das insbesondere bei einer Landarbeiterorganisation bedeutet, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden.

Nun hat beim ersten Auftauchen der Nachricht, daß der Zentralverband der Landarbeiter von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ein Darlehen von 5000 Mark erhalten hat, der Vorsitzende dieses Verbandes, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Behrens, zunächst geschwiegen, um schließlich eine Erklärung abzugeben, die, wie sich auf Grund der polizeilichen Ermittlungen gegen die als Fememörder verfolgten Schulz und Klapproth — zwei Angestellte dieser „Gewerkschaft" — ergeben hat, vollständig unwahr ist. Bei den Deutschnationalen macht man das so.

Der Vorstand des Gewerkschaftsverbandes der christlichen Gewerkschaften erließ darauf eine Erklärung, in der er zwar auch die „harmlose" Deutung des Darlehns mißbilligt, im übrigen die Angelegenheit für „erledigt" betrachtete. Wir haben damals gleich hinter diese merkwürdige Regelung einer Angelegenheit, die in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ohne Beispiel ist, ein Fragezeichen gemacht. Wir hatten angenommen, daß nunmehr, nachdem es sich herausgestellt hat, daß Herr Behrens gelogen hat und es sich nicht um eine „harmlose" Kartoffelgeschichte handelt, vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sofort entsprechende Schritte unternommen würden. Bis heute hat man jedoch nichts davon gehört.

Sollte man innerhalb der christlichen Gewerkschaften der Ansicht sein, daß es mit den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaften durchaus vereinbar ist, wenn Abenteurer, wie der Oberleutnant Schulz und der Feldwebel Klapproth von einer Gewerkschaft angestellt werden und daß diese Gewerkschaft sich an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wendet, um von dieser eine finanzielle Unterstützung zu erlangen?

Dieser Vorgang wirft aber ein bezeichnendes Licht auf die Methoden, die von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände oder in deren Namen zur Vertretung der Unternehmerinteressen angewandt werden. Wenn jetzt eine Untersuchung eingeleitet wird, weil verschiedenen Herren des Vorstandes die Dinge doch zu bunt sind, dann erfolgt dieses Eingreifen reichlich spät. Es würde, nebenbei bemerkt, ein sonderbares Bild ergeben, wenn die Vereinigung der Arbeitgeberverbände diese Unterstützung von Fememördern aus Verbandsmitteln mißbilligte, während der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften diesen beispiellosen Vorgang als Bagatelle behandelt.

Aber sind die Herren in der Vereinigung wirklich berechtigt, ihren Geschäftsführern Meißinger und von Zengen Vorwürfe zu machen? Man braucht sich nur in den Betrieben prominenter Mitglieder der Vereinigung umzusehen, um festzustellen, daß das, was der deutschnational-christliche Zentralverband der Landarbeiter kann, die Herren von der Vereinigung längst können. Warum soll von Zengen und der Unglücksrabe Meißinger annehmen, sie handelten falsch, wenn sie dasselbe tun, was ihre Auftraggeber seit Jahr und Tag taten?

Es mutet freilich sonderbar an, wenn man die Methoden dieser Leute kennt und von denselben Leuten dann die Ergüsse über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Zentralarbeitsgemeinschaft liest. Begreifen denn die Borsig und Genossen nicht, daß die Gewerkschaften für solche Methoden nur Verachtung empfinden können? Arbeitsgemeinschaft mit Meißinger und Konsorten! Mit diesen Leuten ist nicht einmal eine geistige Auseinandersetzung möglich, geschweige denn ein wie immer geartetes Zusammenarbeiten.

Die Erwerbslosenfürsorge in Bayern.

München, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die schwierige Frage der Erwerbslosenfürsorge steht gegenwärtig im Mittelpunkt der Beratungen des bayerischen Landtages, nachdem die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen in Bayern sich in den letzten acht Tagen wieder um rund 10 000 auf 160 000 vermehrt hat. Das bedeutet eine Verdoppelung der Erwerbslosenziffer gegenüber dem letzten Winter und eine Verzehnfachung gegenüber dem Sommer 1925. Die Zahl der nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht Unterstützungsberechtigten ist mindestens ebenso hoch, so daß in ganz Bayern gegenwärtig weit über 300 000 Arbeitslose vorhanden sind. Das bayerische Sozialministerium rechnet mit einer Gesamtausgabe in der Erwerbslosenfürsorge von 47 Millionen Mark. Davon treffen 9 Millionen auf den bayerischen Staat, die gleiche Summe auf das Reich, 5 Millionen auf die bayerischen Gemeinden und 24 Millionen fließen aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Aus einer Denkschrift der Regierung, die demnächst erscheinen soll, geht hervor, daß in Bayern in den Jahren 1919 bis 1925 über 27 Millionen Arbeitstage durch Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge geleistet wurden. Das bedeutet die ständige gleichmäßige Beschäftigung von 13 000 Arbeitern. Die Durchführung der Forderung, an Stelle der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge grundsätzlich und überall die produktive Erwerbslosenfürsorge treten zu lassen, scheitert an der Unmöglichkeit, dafür die notwendigen Mittel bereitstellen zu können. Die Kosten für die produktive Erwerbslosenfürsorge sind rund fünffach höher als die unterstützende Erwerbslosenfürsorge.

In der Frage des Arbeiterschutzes nahm der Landtag mit großer Mehrheit einen sozialdemokratischen Antrag an, der, aufgebaut auf den Forderungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes, einen weitgehenden reichsgesetzlichen Schutz für schwangere Arbeiterinnen verlangt. Außerdem werden auf Grund dieses Landtagsbeschlusses künftig in Bayern als Gewerbeaufsichtsbeamte weibliche Aerzte angestellt. Weiter werden nach dem Muster der Schulärzte in allen Großbetrieben mit zahlreichem weiblichen Personal besondere Fabrikärzte eingestellt.

*

München, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung weitere Beschlüsse für die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten gefaßt. An erster Stelle unter diesen Projekten steht der restliche Ausbau der mittleren Isar, für den noch eine Summe von rund 29 Millionen Mark notwendig ist. Ein weiteres Projekt ist die Erweiterung der Rheinbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim. In der Mittwochsitzung des Finanzausschusses behauptete der Sozialminister Oswald, eine der wesentlichsten Ursachen der wirtschaftlichen Notlage in Bayern bestünde in der Zentralisierung der Geldmittel in Berlin. Er habe in Erfahrung gebracht, daß Betriebe in Bayern und im übrigen Süddeutschland von großen norddeutschen Firmen aufgekauft und dann stillgelegt wurden, offensichtlich zu dem Zweck, die noch bestehende süddeutsche Konkurrenz auszuschalten.

Betriebseinschränkung in der rheinischen Textilindustrie.

München-Gladbach, 12. Januar. (Mtb.) Die Lage in der hiesigen Textilindustrie verschlechtert sich immmer mehr; nur die Spinnereien sind noch gut beschäftigt. Doch sind auch von diesen verschiedene schon zur Kurzarbeit übergegangen und andere, die bisher in zwei Schichten arbeiteten, gehen jetzt, weil neue Aufträge wenig eingehen, zu einer Tagesschicht über. In der Stadt allein arbeiten 111 Betriebe mit Kurzarbeit und über 20 Betriebe sind ganz stillgelegt. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt über 5000.

Faschistische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Rom, 13. Januar. (EP.) Der Generalsekretär des faschistischen Gewerkschaftsbundes kündigt als neues faschistisches Gesetz das Verbot des Müßigganges an, in dem jede freiwillige Erwerbslosigkeit verboten und alle verhaftet werden, die keinen Arbeitsnachweis erbringen können, sondern Tag und Nacht in Vergnügungslokalen und Wirtschaften zubringen. Auf diese Weise werde Italien in eine große Werkstatt verwandelt werden, in der jeder seine Pflicht tun müsse.

*

Auf den ersten Blick könnte man annehmen, daß diese wie ein vorzeitiger Fastnachtsscherz anmutende Ankündigung sich gegen die reichen Müßiggänger und sonstige Italienfahrer richtet, die sich Zeit ihres Lebens von den Strapazen der anderen ausruhen. In Wirklichkeit handelt es sich um den Versuch, die Arbeiter zur Zwangsarbeit zu verurteilen, zu jedem Preis und unter jeder Bedingung zu arbeiten — soweit das kapitalistische System sie nicht zur Arbeitslosigkeit verdammt. Mit Brot und Spielen hat einst das alte Rom seine Proleten im Zaum zu halten versucht. Das Rom Mussolinis versucht es mit Zwangsarbeit und Arbeitslosigkeit. Das ist der Fortschritt.

Nachklang zum australischen Seemannsstreik.

London, 13. Januar. (EP.) Nachdem es dem australischen Premierminister nicht gelungen ist, die Arbeiterführer Walch und Johanson wegen Anstiftung zum Streik als Landfremde zu deportieren, hat nunmehr die australische Regierung ankündigen lassen, daß sie die Einführung eines entsprechenden Gesetzes beabsichtige, das eine solche Landesverweisung möglich mache. Das Gesetz soll jedoch keine rückwirkende Kraft erhalten.

Deutscher Werkmeister-Verband. Die in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichte Versammlungsanzeige gibt irrtümlich als Einberufer den „Bund" an.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Fricdr. Ebert; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Der Inventur-Ausverkauf im Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

Stromstraße 20, Ecke Perleberger Straße

beginnt am 11. Januar

zu Preisen, die alles bisherige in den Hintergrund stellen

Damenstrümpfe
- Baumwolle engl. lang, schwarz und farbig 0.28
- Baumwolle engl. lang, verst. Ferse und Spitze 0.38
- Baumwolle engl. lang, Doppelsohle, Hochferse, schwarz und farbig 0.57
- Baumwolle starke Qualität, verstärkte Ferse und Spitze 0.65
- Mako engl. lang 0.95
- Seidenflor Doppelsohle, Hochferse 1.25
- Kunstseide Doppelsohle, Hochferse 1.10
- Kaschmir Wollstrümpfe 1.40
- Halbwolle deutschlang 0.78

Herrensocken
- Kavaliersocken lila, grün, blau, grau 0.35
- Strapaziersocken grau und braun, 2×2 gestrickt 0.38
- Prima Makosocken schwarz, jeder, bunt 0.85
- Kavaliersocken kariert u. gestreift 0.65
- Prima reinwollene Kammgarnsocken 2×2 Schaft, wie handgestrickt, grau und schwarz 0.98
- Prima Schweißsocken wollig mischt m. Stopfgarn, grau und braun 0.75

Kinderstrümpfe
- Gute Baumwolle schwarz, braun Größe 1 Pro Größe um 1 Pf. steigend 0.50
- Wolle plattiert, schwarz, braun Größe 1 Pro Größe um 10 Pf. steigend 0.80
- Reine Wolle prima Kammgarn, schw. Größe 1 Pro Größe um 15 Pf. steigend 1.—

Trikotagen
- Normalhose Größe 4, 5, 6 1.58
- Normalhemd Doppelbrust 2.25
- Normalhemd mit Einsatz 2.70
- Futterhosen 2.45

Kinderanzüge
- Normal kleinste Größe Pro Größe um 10 Pf. steigend 0.90
- Futter (weiß), gute Qualität Pro Größe um 20 Pf. steigend 1.80
- Reformhosen gute Qualität, marineblau 3.20
- Gestr. Herrenwesten von 3.25 an
- Stutzen von 0.75 an

Ulrich Gebr. A.-G.

Swinemünder Straße 86

Lebensmittel

volkstümliche billige Preise

Donnerstag, Freitag u. Sonnabend

Frisches Fleisch

Hammelverderfleisch Pfd. 70 Pf.	Kalbsvorderfleisch Pfd. 80 Pf.
Hammelrücken Pfd. 80 Pf.	Kalbsrücken Pfd. 90 Pf.
Hammelkeule Pfd. 85 Pf.	Kalbskeule Pfd. 95 Pf.
Gehacktes Pfd. 70 Pf.	Suppenfleisch Pfd. 65 Pf.
Schweinebauch Pfd. 1.10	Schweineschulter Pfd. 1.10
Pa. Ochsenfleisch gefr. Pfd. 55 Pf.	Pa. Schmorfleisch Pfd. 85 Pf.
Schweineköpfe frisch Pfd. 60 Pf.	Schweineköpfe gepökelt Pfd. 42 Pf.

Allgäuer Stangen-Käse Pfund 48 Pf.	Butter ½ Pfund 75 Pf.
Käse Pfund 48 Pf.	Limburger Pfund 68 Pf.
Harzer Pfund 60 Pf.	Rindertalg Pfund 63 Pf.
Tilsiter Pfund 75 u. 98 Pf.	Tafel-Margarine Pfund 68 Pf.

Delik.-Sülze Pfund 48 Pf.	Blut- u. Leberwurst Pfund 70 Pf.
Holst. Cerv.-Wurst Pfund 1.60	Landleberwurst Pfund 1.20
Schinkenspeck Pfund 1.90	Pa. Fleischwurst Pfund 1.20
Corned Beef im Ausschnitt Pfund 75 Pf.	Rugenw. Blut- u. Leberw. 1 Pfund-Dose 60 Pf.

Eine große Ladung prima Bratgänse gefroren Pfund v. 75 Pf. an

Junge Erbsen 2-Pfund-Dose 55 Pf.	Apfelmus tafelfertig 2-Pfund-Dose 60 Pf.	Kirschen rot, m. Zucker 2-Pfund-Dose 95 Pf.	Weißkohl Pfund 6 Pf.	Rotkohl Pfund 10 Pf.	Zwiebeln 3 Pfund 25 Pf.	Mandarinen Pfund 26 Pf.
Gemüse-Melange 2-Pfund-Dose 78 Pf.	Stachelbeeren 2-Pfund-Dose 90 Pf.	Mirabellen 2-Pfund-Dose 1.25	Wirsingkohl Pfund 10 Pf.	Mirabell. u. Stachelb. Konditoren 2-Pfd.-Eimer 95 Pf.	Himbeer u. Aprikosen Konditoren 2-Pfund-Eimer 1.25	Apfelsinen Dutzend 30 u. 40 Pf.
Karotten geschnitten 2-Pfund-Dose 39 Pf.	Preißelbeeren 2-Pfund-Dose 95 Pf.	Reineclauden 2-Pfund-Dose 1.65	Zitronen Dutzend 40 Pf.	Kranzfeigen Pfund 32 Pf.	Mohrrüben Pfund 6 Pf.	Essäpfel Pfund 16 Pf.